

Neuer Bau, neuer Vertrag

KLINIKUM STUTTGART – ver.di sichert für die Beschäftigten die Arbeitsplätze und Tarife

Im Zusammenhang mit dem beschlossenen Neubau des Katharinenhospitals in Stuttgart wurde die Krankenhausverwaltung vom Gemeinderat beauftragt, über eine Aktualisierung bestehender Vereinbarungen zu verhandeln. Mit gravierenden Änderungen für das Klinikum und damit für die Beschäftigten war zu rechnen, als die Verwaltungsspitze ver.di und dem Personalrat den Vorschlag unterbreitete, das Klinikum von einem Eigenbetrieb in eine öffentlich-rechtliche Kommunalanstalt umzuwandeln.

Betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen

Bereits 2005 hatte ver.di einen Vertrag mit der Stadt Stuttgart, der Geschäftsführung und dem Personalrat des Klinikums zum Defizitabbau, zum Schutz der Beschäftigten und einer besseren finanziellen Ausstattung des Klinikums durch die Stadt Stuttgart vereinbaren können. Entstanden war der Vertrag aus einer Auseinandersetzung über die Bildung einer GmbH und eines geplanten Absenkungstarifvertrages. Mit der Fortschreibung dieses Vertrags 2011 konnten darüber hinaus die Grundlagen für wichtige Investitionsentscheidungen durchgesetzt werden. Auch jetzt pochten ver.di und der Personalrat des Katharinenhospitals darauf,

dass im Falle einer Änderung der Rechtsform des Klinikums dies nicht zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen dürfe. Das Katharinenhospital ist derzeit einer von drei Standorten des Klinikums Stuttgart.

Der neue Vertrag nun enthält umfangreiche Regelungen. So schließt er aus, dass das Klinikum eine privatrechtliche Rechtsform (also AG oder GmbH) erhält. Einzelne Leistungen oder Bereiche kann das Klinikum nur mit Zustimmung des Personalrats ausgliedern. Betriebsbedingte Kündigungen sind ebenso ausgeschlossen wie jede Form von Absenkungstarifverträgen. Sollte der Gemeinderat die Umwandlung in eine Kommunalanstalt beschließen, verbleibt das Klinikum im Kommunalen Arbeitgeberverband und die bisherigen Tarifverträge gelten weiter.

„Mit diesen Absicherungen gibt es keinen Grund für Ängste und Befürchtungen meiner Kolleginnen und Kollegen mehr“, sagt Jürgen Lux, der Personalratsvorsitzende des Klinikums, zu den Verhandlungsergebnissen. „Bisherige Sozialleistungen und den Zugang zu Sozialeinrichtungen der Stadt zu erhalten, waren wichtige Anliegen des Personalrats.“

Rund 750 Millionen Euro werden für den Neubau des Katharinenhospitals veranschlagt. Der vom Klinikum nach Fertigstellung aller Baumaßnahmen (voraussichtlich 2028/2029) zu finanzierende Eigenanteil an den Kosten wird durch den



Sieht zwar nicht alt aus, braucht aber schon einen Neubau

FOTO: ARNULF HETTRICH / IMAGO

neuen Vertrag auf 87 Millionen Euro begrenzt. Zudem soll das Klinikum laut Vertrag für sonstige bauliche Sanierungsmaßnahmen, die Beschaffung von Medizintechnik, IT und die weitere Digitalisierung jährliche Zuschüsse von 12 Millionen erhalten.

Um die Interessen der Personalvertretung auch in den Gremien der Kommunalanstalt vertreten zu können, sollen der/die Vorsitzende des Personalrats und dessen/deren Stellvertreter/in als Gäste an den Sitzungen des Verwaltungsrats mit eigenem Rede- und Antragsrecht teilnehmen können. Des Weiteren ist vorge-

sehen, dass ver.di und Marburger Bund gemeinsam ein Mitglied samt Stellvertreter/in für den Verwaltungsrat benennen können.

„Auch wenn wir der Umwandlung in eine Kommunalanstalt nach wie vor kritisch gegenüberstehen, konnten wir für die Beschäftigten im Klinikum gute Lösungen erarbeiten“, sagt Cuno Brune-Hägele, der Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart. Beschließen der Gemeinderat letztendlich die Kommunalanstalt, werde der krankenhausspezifische Sachverstand der Gewerkschaften in die Arbeit des Verwaltungsrats der Anstalt einfließen.

Das ist ungesund

KRANKENHÄUSER – Kongress gegen die Ökonomisierung der Patientenversorgung



Behandlungen und Dauer des Krankenhausaufenthaltes richten sich nicht mehr allein nach medizinischen Kriterien, sondern immer deutlicher danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt. Das ist mit Ökonomisierung der Daseinsvorsorge gemeint. Sie führt zu Fehlanreizen (vor allem durch die Fallpauschalen) und fatalen Folgen für die Patientinnen und Patienten. Das Vertrauen zur behandelnden Ärztin bzw. zum behandelnden Arzt ist dadurch nicht mehr wirklich gegeben. Denn niemand weiß, ob die vorgeschlagene Behandlung aus rein medizinischen Gründen oder aufgrund finanzieller Aspekte angepriesen wird.

Ausstieg aus dem Beruf...

Hinzu kommt ein radikales Sparen in allen Bereichen und vor allem am Personal der Kliniken. Besonders private Krankenhäuser haben das Ausdünnen des Personals perfektioniert. So lassen sich im Krankenhaus mit der Patientenbehandlung sogar Gewinne erzielen. Die Folgen sind eine immer stärker verdichtete Arbeit, zunehmende Fehler und steigende Krankheitsquoten beim Personal. Hinzu kommt das Gefühl, den eigenen Anforderungen nicht gerecht werden zu können. Somit wählen sehr viele Beschäftigte, vor allem

Pflegekräfte, den kompletten Ausstieg aus dem Beruf. Der jetzt beklagte Fachkräftemangel ist hausgemacht.

... oder Win-Win-Streiktaktik

Wenn der Normalzustand bereits die Patienten gefährdet, dann braucht es Widerstand dagegen. Eine kollektive Handlungsfähigkeit haben bereits viele Beschäftigte aus Unikliniken bewiesen. Sie haben eine neue Streikform umgesetzt, die vor allem die Bettenkapazität bestreikt und nicht die Pflégetätigkeit an den Patienten. Das ist eine Win-Win-Streiktaktik: Optimale Patientensicherheit und hohe Verluste für die Arbeitgeber. Ihre Forderungen sind klar. Eine garantierte Mindestbesetzung auf den Stationen.

Wege für eine Verbesserung der Patientenversorgung zu suchen, ist im Interesse von uns allen. Das ist das Ziel des Kongresses „Krankenhaus statt Fabrik“. Wir brauchen mehr Personal im Krankenhaus und eine Veränderung der Krankenhausfinanzierung. Fallpauschalen, jegliche finanzielle Anreize und Gewinnstreben von privaten Konzernen darf es in der Behandlung von Patienten nicht geben.

Marc Kappler

Krankenhaus statt Fabrik – Was kommt nach den Fallpauschalen?

Kongress gegen die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung
 19. bis 21. Oktober 2018 im Gewerkschaftshaus in Stuttgart
www.krankenhaus-statt-fabrik.de



FOTO: SIDAR CARMAN

Gegen Diskriminierung

Auch dieses Jahr hat sich der ver.di-Bezirk am Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart beteiligt. Der CSD steht für die Freude über die Vielfalt der Gesellschaft und unserer Gewerkschaft. Gleichzeitig ist er eine Demonstration gegen Beleidigungen, Schikanen und Benachteiligung am Arbeitsplatz und alle Formen der Diskriminierung

ANZEIGE

FACHANWALT FÜR ARBEITSRECHT

Uwe Melzer

Breitscheidstr. 65 · 70176 Stuttgart
 Telefon 0711-50 53 64-01
 Telefax 0711-50 53 64-09
www.melzer-kempner.de

MELZER | KEMPNER | BRAUN
 RECHTSANWÄLTE

Starke Frauen – starke Betriebsräte

Mit den diesjährigen Betriebsratswahlen sind wieder viele neue Kolleginnen in die Gremien eingezogen. Mit einem Mentoring-Programm will der ver.di-Bezirksfrauenrat diese Kolleginnen bestmöglich unterstützen. Dazu werden Tandems aus erfahrenen Betriebsratsmitgliedern und neugewählten Rätinnen gebildet, um die Weitergabe von Wissen und Erfahrung sicherzustellen. Das Programm startet am 19. Januar 2019. Bis zum Abschluss des Programms im Dezember 2019 besuchen die Mentees unter anderem ein bis zwei Seminare ihrer Wahl. Schon jetzt laden wir zu einem unverbindlichen **AFTER-WORK-TREFFEN AM 19. OKTOBER, 16 BIS 18 UHR**, Gewerkschaftshaus, Raum 3+4, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart. Eine Anmeldung ist dafür nicht erforderlich. Dazu sind alle herzlich eingeladen, die an diesem Programm als Mentorin oder Mentee teilnehmen wollen. Es soll dem Kennenlernen dienen und die Findung der Tandems anbahnen. Für Rückfragen und Unterstützung bei der Suche nach Mentorinnen steht Bärbel Illi als Ansprechpartnerin zur Verfügung, E-Mail baerbel.illi@verdi.de, Tel. 0711/1664 230

So finden Sie immer die richtigen Worte!

ver.di Rhetorikklub Stuttgart, Montag, **17. SEPTEMBER 2018**, 19 bis 20:30 Uhr, Montag, **1. OKTOBER 2018**, 17:30 bis 19 Uhr, Montag, **15. OKTOBER 2018**, 19 bis 20:30 Uhr, jeweils im Gewerkschaftshaus, Raum 3+4, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart. Sie können jederzeit einsteigen und einfach mal reinschnuppern. Wenn Sie sich nach zwei bis drei kostenlosen Abenden entscheiden, regelmäßig mitzumachen, kostet der jährliche Mitgliedsbeitrag 90 €. Darin enthalten sind die Kosten für Übungsmaterial und eine monatliche Klubzeitschrift.

Gegen rechte Stammtisch-Parolen

Argumentationstraining, Referentin: Janka Kluge, VVN-Bund der Antifaschisten, Donnerstag, **20. SEPTEMBER 2018**, 18 bis 20:45 Uhr, Gewerkschaftshaus, Raum 5, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, der Eintritt ist frei.

Gesundheitsschutz im Betrieb

Aktuelle Rechtsprechung, Referent: Ewald Bartl, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Montag, **24. SEPTEMBER 2018**, 18 bis 19:30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Raum 3+4, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, der Eintritt ist frei.

Elternzeit und ElterngeldPlus

Vortrag und Diskussion: Mehr Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Teilzeitarbeit, Referentin: Alexandra Horschitz, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Donnerstag, **11. OKTOBER 2018**, 19 bis 20:30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Raum 3+4, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, der Eintritt ist frei.

Feminismus

Buchvorstellung: Über das Manifest von Chimamanda Ngozi Adichie, Referentin: Lena Göhringer, Donnerstag, 25. Oktober 2018, Beginn 18 Uhr, Gewerkschaftshaus, Raum 3+4, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, der Eintritt ist frei.

ANZEIGE

Ihre Rechtsanwältinnen und Fachanwältinnen* für Arbeitsrecht

Stark*, Mayer, Hehr* & Kollegen
 Alleenstraße 10, **71638 Ludwigsburg**
 Fon (07141) 91 3 08-0
 Fax (07141) 91 3 08-77
www.rechtsanwaeltin-lb.de
stark@rechtsanwaeltin-lb.de

Wohlfarth*, Dr. Gutmann, Pittler* & Zeller*, Behl
 Kronenstraße 24, **70173 Stuttgart**
 Fon (0711) 23 98 45
 Fax (0711) 23 98 499
www.anwalt-in-stuttgart.de
post@anwalt-in-stuttgart.de

Bartl* & Weise, Mausner*, Hellweg, Arndt-Riffler*, Grenz
 Johannesstraße 75, **70176 Stuttgart**
 Fon (0711) 63 32 43-0, Fax (0711) 63 32 43-20
www.kanzlei-bww.de
info@kanzlei-bww.de

